

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Freitag, dem 10.05.2019, im Kleinen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:32 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.	5
3.	Informationen zum vorläufigen Jahresabschluss 2018	6
4.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2018	8
5.	Bericht zur Haushaltssituation 2019	9
6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf	10
7.	Erhöhung Stammkapital und Änderung des Gesellschaftsvertrages der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH	11

II. Nichtöffentlicher Teil

Anlagen:

- Anlage 1 Präsentation zu TOP 2: Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.
- Anlage 2 Präsentation zu TOP 3: Informationen zum vorläufigen Jahresabschluss 2018
- Anlage 3 Präsentation zu TOP 5: Bericht zur Haushaltssituation 2019
- Anlage 4 Präsentation zu TOP 6: Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	
Buschkamp, Franz-Josef	
Drestomark, Bernhard	
Fleiter, Albert	
Gutsche, Guido	Vertretung für Herrn Kaup
Holz, Günter	Vertretung für Herrn Kozler
Kleene-Erke, Andrea	
Kleibolde, Bernhard	
Kreft, Peter	
Lepper, Martin	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Pries, Wilhelm	
Schulte, Stephan	
Schulze Westhoff, Stephan	
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan, Dr.	
Kleier, Ulrike	
Knoche, Fabienne	
Lüffe, Hendrik	
Nachtigäller, Laura	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Kaup, Winfried	Vertretung durch Herrn Gutsche
Kozler, Thomas	Vertretung durch Herrn Holz
Multermann, Joachim	
Schlösser, Ulrich	

Herr Kreft eröffnet um 09:04 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit Einladung vom 29.04.2019 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage von Herrn Kreft meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.	074/2019
----	---	-----------------

Der Vorsitzende begrüßt zunächst Herrn Prof. Dr. Michler und Herrn Libertus (Vertreter der DZ PRIVATBANK S.A.). Anschließend führt Herr Dr. Funke kurz in die Thematik ein. Er erläutert, dass Vertreter der Vermögensverwalter abwechselnd einmal jährlich in der Frühjahrssitzung des Finanzausschusses über den Kapitalstock sowie über aktuelle Kapitalmarktentwicklungen berichten. Mit Beschluss des Kreis Ausschusses vom 08.12.2017 (siehe Vorlage 407/2017) erfolgte ein Wechsel des Vermögensverwaltungsmandates von der DZ Bank AG zur DZ PRIVATBANK S.A. Somit sei dies der erste Bericht der DZ PRIVATBANK S.A. vor dem Finanzausschuss des Kreises Warendorf.

Die Vertreter der DZ PRIVATBANK S.A. (Herr Prof. Dr. Michler und Herr Libertus) stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als Anlage Nr. 1 der Niederschrift beigelegt ist, die DZ PRIVATBANK S.A. vor und berichten über die aktuelle Marktentwicklung im Allgemeinen sowie speziell über die Entwicklung des Mandates des Kreises Warendorf. Außerdem geben sie eine aktuelle Einschätzung zu den Aktienmärkten und geben Prognosen zur volkswirtschaftlichen Entwicklung wichtiger Länder sowie Zinsprognosen für die nächsten zwölf Monaten ab.

Auf Nachfrage von Herrn Buschkamp erläutern die Vertreter der DZ PRIVATBANK S.A. den Aufbau des Portfoliomanagements sowie die Zusammensetzung des Investmentkomitees.

Herr Möllmann und Herr Gutsche regen an, dass sich die Verwaltung über weitere Vermögensanlagen informieren soll und Herr Dr. Funke dies dann in einer zukünftigen Sitzung des Finanzausschusses vorstellt.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

3. Informationen zum vorläufigen Jahresabschluss 2018**070/2019**

Herr Dr. Funke berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt ist, detailliert über den vorläufigen Jahresabschluss 2018.

Dabei macht er deutlich, dass der Jahresabschluss 2018 eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Haushaltsplan 2018 beinhaltet, die bereits zum Großteil im Rahmen des Finanzstatusberichtes im Oktober 2018 kommuniziert worden ist.

Diese Verbesserungen seien vor allem durch geringere Transferaufwendungen des Jobcenters und im Bereich des Sozialamtes entstanden. Außerdem führen Mehrerträge im Bereich des Jugendamtsbudgets (bei den Zuwendungen für Unterhaltszahlungen und für Elternbeiträge sowie Mehrerträge bei den Kostenerstattungen) zu weiteren Verbesserungen.

Den oben genannten Verbesserungen stehen allerdings auch Verschlechterungen gegenüber, stellt Herr Dr. Funke heraus. Aufzuführen ist hier die Verschlechterung im Jugendamtsbudget (bei den Transferaufwendungen und Sachleistungen). Des Weiteren kommt es zu Verschlechterungen bei den Kostenerstattungen und sonstigen Erträgen im Jobcenter.

Im Personalbudget zeichnen sich sowohl höhere Aufwendungen (Zuführung Pensions- und Beihilferückstellungen und gesetzl. Sozialversicherung tariflich Beschäftigter) als auch höhere Erträge (Mutterschaftsgeld, Abfindungsvereinbarungen und Auflösung Pensionsrückstellung für Pensionäre) ab. Im Saldo verschlechtert sich das Budget um rd. 2,3 Mio. €.

Außerdem weist Herr Dr. Funke auf die weiterhin hohen Ermächtigungsübertragungen hin. Dies sei bereits im Vorjahr seitens der Politik angemerkt worden. Er stellt heraus, dass es oft vielfältige Gründe gebe (z. B. Fördermaßnahmen), warum Investitionen geschoben werden müssten. Herr Dr. Funke sichert zu, dass nach Möglichkeit alle Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Zudem werde im Rahmen der Haushaltsplanung 2020 weiterhin verschärft auf eine kritische Planung der Investitionsmaßnahmen geachtet.

Als Puffer für zukünftige Jahresabschlüsse oder Haushalte sehe der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 die Zuführung in die Ausgleichsrücklage um den maximalen Betrag vor (ein Drittel des Eigenkapitals). Mit dem im Haushalt 2019 eingeplanten Defizit werde die Ausgleichsrücklage um rd. 3,34 Mio. € reduziert.

Abschließend erläutert Herr Dr. Funke den Schuldenabbau von gut 3,5 Mio. €. Damit sei der Schuldenstand Ende 2018 bei rd. 15,4 Mio. € (ohne Gute Schule 2020) und damit auf dem niedrigsten Stand seit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF).

Frau Kleene-Erke merkt an, dass eine vorsichtige Haushaltsplanung positiv hervorzuheben sei, bittet aber dennoch aufgrund der Abweichung i. H. v. rund 10,1 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsplan 2018, zukünftig um eine kritischere Betrachtung. Des Weiteren begrüßt sie die positive Entwicklung des Schuldenstandes.

Ferner weisen Herr Möllmann und Frau Kleene-Erke auf den hohen Kassenbestand hin. In diesem Zuge verweist Herr Möllmann auf seine Anregung (Betrachtung weiterer Vermögensanlagen) zum TOP 2 dieser Sitzung „Bericht zum Kapitalstock für die Abfederung künftiger Pensionsverpflichtungen des Kreises Warendorf bei der DZ PRIVATBANK S.A.“.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

4.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2018	071/2019
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke berichtet, dass sich im Jahresabschluss 2018 über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen zeigen, die dem Kreistag gemäß § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Die Einzelfälle ergeben sich aus der Zusammenstellung (siehe Anlage 1 der Vorlage).

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (14 Ja)

5. Bericht zur Haushaltssituation 2019**072/2019**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (Anlage 3), auf die Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.04.2019 ein und stellt die wesentlichen prognostizierten Veränderungen dar.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einer geringen Abweichung vom geplanten Jahresergebnis. Im Vergleich zur Haushaltsplanung verschlechtert sich das Ergebnis um rd. 50 T €.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf	073/2019
-----------	---	-----------------

Herr Lüffe und Frau Kleier informieren über den Sachstand zum Forderungsmanagement anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt ist. Über den Anstieg der „Problemforderungen“ wird berichtet, speziell über den Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG). Auf Nachfrage erläutert Herr Lüffe, dass es sich bei dem Begriff „Problemforderungen“ um Forderungen handelt, die länger als ein Jahr offen sind.

Bei den Forderungen im UVG Bereich handle es sich in der Regel um laufende monatliche Unterhaltszahlungen (kontinuierliche Zahlungen), die sich aufsummieren. Des Weiteren stellt Herr Lüffe dar, dass der Anspruch auf UVG mit Wirkung vom 01.07.2017 ausgeweitet worden ist. Als Konsequenz daraus würden mehr offene Forderungen und in der Folge auch mehr Problemforderungen entstehen. Er weist darauf hin, dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Entwicklung für 2019 mit einem deutlichen Anstieg der Problemforderungen aus dem Bereich UVG zu rechnen sei.

Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt zum 1. Juli 2019 grundsätzlich die Unterhaltsheranziehung für den Bereich UVG. Dies bedeutet, dass Neuanträge, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden, in die Zuständigkeit des Landes fallen. Für alle Anträge, die bis zum 30. Juni 2019 eingereicht werden, bleibt der Kreis Warendorf für die Heranziehung zuständig. Auf Nachfrage von Herrn Drestomark erklären Herr Dr. Funke und Herr Lüffe, dass die zentralisierte Unterhaltsheranziehung durch eine Fachabteilung der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen übernommen wird.

Außerdem wird der Anstieg der Problemforderungen im Jobcenter dargestellt. Auf Nachfrage von Herrn Gutsche erläutert Herr Lüffe die Gründe für überzahlte Leistungen. Herr Dr. Funke ergänzt hierzu, dass durch das Projekt „Digitalisierung der E-Akte im Jobcenter“ die Überzahlung reduziert werden kann. Durch Nutzung einer „App“ soll das Verfahren für den Kunden vereinfacht werden. Auch die Verwaltung könne somit Korrekturen schneller durchführen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

7.	Erhöhung Stammkapital und Änderung des Gesellschaftsvertrages der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH	059/2019
----	--	-----------------

Frau Kleier erläutert, dass der Hauptgrund für die Änderung des Gesellschaftsvertrages darin bestehe, dass eine Erhöhung des Stammkapitals aus Gesellschaftsmitteln beabsichtigt wird. Hierdurch soll das Eigenkapital der ECOWEST gestärkt werden. Daher ist beabsichtigt, eine Erhöhung des Stammkapitals von bisher 250.000 € um 750.000 € auf 1.000.000 € durchzuführen. Diese Kapitalerhöhung sei durch höhere Umsätze der Gesellschaft gerechtfertigt. Außerdem ergänzt Frau Kleier, dass der Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages bereits mit der Bezirksregierung abgestimmt worden sei. Eine förmliche Anzeige würde gem. § 115 GO NRW noch ausstehen.

Herr Drestomark weist darauf hin, dass die Erhöhung des Stammkapitals schwer nachvollziehbar sei. Des Weiteren sehe er keine Notwendigkeit für die Einberufung der Gesellschafterversammlung im Eilverfahren.

Herr Möllmann und Herr Schulze Westhoff begrüßen die Stärkung des Eigenkapitals der ECOWEST. Die Erhöhung sei in Betracht des Umsatzvolumens und der Anzahl der Mitarbeiter angemessen. Außerdem sei dies wichtig um die Zukunftsträchtigkeit des Unternehmens zu garantieren.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Kreistag stimmt einer Kapitalerhöhung bei der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH um 750.000 € auf 1.000.000 € aus Gesellschaftsmitteln zu. Die Gesellschaft trägt die Kosten der Kapitalerhöhung.
- 2) Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.
- 3) Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung werden beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (13 Ja, 1 Enthaltung)

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Herr Kreft um 11:32 Uhr die Sitzung.

Peter Kreft
Vorsitzender

Dr. Stefan Funke
Schriftführer